



Presseinformation

**DRK-Landesverband
Baden-
Württemberg e.V.**

Badstrasse 39-41
70372 Stuttgart

DRK-Präsidenten in Sorge:

Tariferhöhungen gefährden Rettungsdienstbudgets im Jahr 2008

**Ansprechpartner:
Udo Bangarter
Öffentlichkeitsarbeit**

**Tel. 0711 5505-136
Fax 0711 5505-100
u.bangarter@DRK-bw.de**

Seit Jahresbeginn finden zwischen der Gewerkschaft ver.di und der Bundestarifgemeinschaft des Deutschen Roten Kreuzes Tarifverhandlungen statt. Die Forderung der Gewerkschaft ver.di in Höhe von 9,6% als lineare Erhöhung bei einer Laufzeit von 24 Monaten orientiert sich an der Forderung im Öffentlichen Dienst von 8%, mindestens jedoch 200 € für 12 Monate.

Die beiden Präsidenten der DRK-Landesverbände in Baden-Württemberg Dr. Lorenz Menz und Jochen Glaeser wiesen anlässlich der Warnstreiks am 27. März 2008 darauf hin, dass die Mehraufwendungen der Tariferhöhungen unweigerlich zu einem Defizit im Rettungsdienst führen würden. Sie fordern die Kostenträger auf, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, um die Mehraufwendungen in Notfallrettung und Krankentransport, die sich voraussichtlich in einer Größenordnung von rd. 5 Mio. Euro bewegen werden, abzudecken.

Der Personalkostenanteil in Notfallrettung und Krankentransport liegt bei über 70%. Die Rettungsdienstbudgets sind bereits heute bei vielen Kreisverbänden nicht mehr auskömmlich. „Die kommenden Lohnabschlüsse – so sehr wir auch Verständnis für eine angemessene Gehaltserhöhung unserer Mitarbeiter haben – gefährden die Existenz zahlreicher Rettungsdienste in Baden-Württemberg“ äußern Dr. Menz und Glaeser in großer Sorge.

Nach ihren Berechnungen kommt auf die Rettungsdienste in Baden-Württemberg bei einer Tariferhöhung von 3,5% eine Kostenbelastung in Höhe von 5,1 Mio. € zu. Diese ist durch die Grundlohnsummensteigerung von 1,3 Mio. € für das Jahr 2008 - mit der sämtliche Kostensteigerungen (Stichwort Benzinpreise!) abgedeckt werden müssen - auch nicht annähernd zu kompensieren.

**Die sieben Grundsätze
der Rotkreuz- und
Rothalbmondbewegung:**

- Menschlichkeit
- Unparteilichkeit
- Neutralität
- Unabhängigkeit
- Freiwilligkeit
- Einheit
- Universalität

Das Problem der Leistungserbringer im Rettungsdienst besteht darin, dass sich die Budgets von Notfallrettung und Krankentransport nur gemäß der vom Bundesgesundheitsministerium festgelegten Grundlohnsummensteigerung erhöhen. Für das Jahr 2008 gilt eine Grundlohnsummensteigerung von 0,64%.

Mit dem Instrument der Grundlohnsummensteigerung, so die beiden Präsidenten in einem Brief an die Vorstände der Krankenkassen, kommt das Rote Kreuz immer mehr in Schwierigkeiten. Es bildet zum einen nicht die tatsächlichen Personalkosten ab – insbesondere den überproportional hohen Anteil in Notfallrettung und Krankentransport – zum anderen fehlt ein Parameter wie Sachkostenerhöhungen, über den massive Kostensteigerungen, z.B. der Benzinpreise oder Versicherungen abgedeckt werden.

Die DRK-Landesverbände machen darauf aufmerksam, dass in der Notfallrettung und bei den Leitstellen kein Personalabbau realisiert werden kann. Im Krankentransport bedeutet dies letztendlich eine weitere Erhöhung der Wartezeiten, was nicht im Interesse der Kostenträger und des Roten Kreuzes liegen kann. Vorrangiges Ziel muss es sein, die hohe Qualität in Notfallrettung und Krankentransport zu erhalten.

Menz und Glaeser schlagen den Kostenträgern im Rettungsdienst vor, nach Abschluss der Tarifverhandlungen auf Landesebene eine Vereinbarung zu einer Übernahme dieser Sonderbelastung für das Jahr 2008 abzuschließen. In einem Schreiben an Sozialministerin Dr. Monika Stolz bitten die DRK-Landesverbände die Ministerin um Rückendeckung für dieses Vorgehen.

Damit kann vermieden werden, dass in jedem Rettungsdienstbereich diese Thematik gesondert verhandelt werden muss. Sicher könnten damit auch zahlreiche Schiedsstellenverfahren vermieden und die gute Qualität von Notfallrettung und Krankentransport gesichert werden.

Hinweis:

Dieser Text ist für Sie hinterlegt unter: <http://www.drk-bw.de>